

DZHW

07 2022

BRIEF

Im Fokus

■ Etwa die Hälfte der Studierenden ist mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, wobei Studierende aus Akademikerfamilien sowie ausländische Studierende etwas zufriedener sind als andere.

■ Studierende äußern sich durchaus kritisch, beispielsweise zu den Medien oder den politischen Parteien. Insgesamt 15 Prozent der Studierenden lassen klar (2 Prozent) oder tendenziell (13 Prozent) populistische Tendenzen erkennen.

■ Studierende mit populistischen Tendenzen sind an Politik eher weniger interessiert. Sie bewerten politische Prozesse häufiger als zu kompliziert und politische Auseinandersetzungen als schädlich. Bei ihnen sind nicht-diskursive Protestformen, wie Institutsbesetzungen oder Streiks, vergleichsweise populär, aber sie unterstützen Petitionen und Beiträge in den sozialen Medien ebenso intensiv.

■ Hochschulen könnten die partizipativen Möglichkeiten erweitern, um Studierenden mehr Mitbestimmung zu ermöglichen. Dieses praktische Erleben politisch-demokratischer Handlungsweisen könnte Interesse und Verständnis für Politik fördern.

■ Zusätzlich könnte die gezielte Förderung von diskursiven Kritikformen die Bedeutung nicht-diskursiver Protestformen verringern. Insbesondere für ausländische Studierende könnte dabei die gezielte Einbindung in die Gremienarbeit sinnvoll sein.

Die Studierendenbefragung in Deutschland: Fokusanalysen zu populistischen Tendenzen unter Studierenden

Frank Multrus, Susanne Strauß, Thomas Hinz

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den politischen Orientierungen von Studierenden begann bereits Ende der 1950er Jahre (z. B. Habermas et al., 1961), erfuhr aber insbesondere ab den 1960er und 1970er Jahren ein verstärktes Forschungsinteresse, meist vor dem Hintergrund der studentischen Protestbewegung dieser Jahrzehnte (z. B. Wildenmann & Kaase, 1968; Muller, 1979). Damit verbunden stieg auch das Interesse an studentischer Partizipation (z. B. Milbrath, 1965).

Insgesamt wird angenommen, dass Studierenden eine zentrale Rolle für den sozialen und kulturellen Wandel in modernen Gesellschaften zukommt (Bargel et al., 1988). Sie sind selbst aktiver

Teil von Protestbewegungen; zudem besetzen sie nach Studienabschluss häufig berufliche Positionen, die wesentlich an Entscheidungen in Wirtschaft und Politik beteiligt sind. Daraus ergibt sich die Frage: Wann protestieren und demonstrieren Studierende, und wann weichen sie Proteste in nicht-diskursive Formen der Auseinandersetzung aus, etwa Institutsbesetzungen und Streiks?

Befunde aus früheren Studierendensurveys zeigen, dass die Protestbereitschaft von Studierenden in den vergangenen Jahrzehnten, trotz gewisser Schwankungen, grundsätzlich erhalten geblieben ist. Die Bereitschaft zu Demonstrationen ist etwas gesunken, die zu Institutsbesetzungen etwas

Autor*innen



Dr. Frank Multrus
frank.multrus@uni-konstanz.de



Prof. Dr. Susanne Strauß
susanne.strauss@uni-konstanz.de



Prof. Dr. Thomas Hinz
thomas.hinz@uni-konstanz.de

Frank Multrus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz, die von Susanne Strauß und Thomas Hinz geleitet wird. Susanne Strauß ist Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Gender Studies, Thomas Hinz ist Professor für Soziologie mit Schwerpunkt Surveyforschung.

angestiegen (vgl. Multrus et al., 2017, S. 83f; Si-meaner et al., 2004, S. 167). Das politische Interesse und die studentische Partizipation sind allerdings klar zurückgegangen und erst in den letzten Jahren wieder angestiegen. Die Unterstützung der Demokratie als Staatsform hat sich

im neuen Jahrtausend gefestigt. In einer 2016 durchgeführten Befragung äußerten mehr als 50 Prozent der Studierenden eine dezidiert positive Haltung gegenüber allen Aspekten der Demokratie (z. B. Multrus et al., 2017).

Verschiedene Untersuchungen beschäftigen sich mit der Frage, wie hochschulische Bildung mit politischem Interesse und politischer Partizipation zusammenhängt. So fanden Campbell und Horowitz (2016) für die USA, dass ein vierjähriges College-Studium mit einer stärkeren Unterstützung von bürgerlichen Freiheiten und egalitären Geschlechterrollenvorstellungen einhergeht. Easterbrook, Kuppens und Manstead (2016) zeigten insbesondere für Studierende im Vereinigten Königreich, dass ein höheres Bildungsniveau mit größerem Vertrauen und politischem Interesse, besserer Gesundheit und Wohlbefinden sowie mit weniger politischem Zynismus und weniger negativen Einstellungen gegenüber anderen Gruppen verbunden ist. Armingeon (2001) untersuchte bei Schweizer Studierenden ihre politischen Haltungen in Verbindung mit der Fachkultur. Er fand heraus, dass Studierende in Relation zur gleichaltrigen Bevölkerung im politischen Spektrum eher „links stehen“, auch in denjenigen Fachkulturen, die traditionell eher „rechts stehen“ (wie z. B. Jura und Wirtschaftswissenschaften). Gleichzeitig waren die Studierenden im Mittel auch politisch interessierter als der Bevölkerungsdurchschnitt. Lindov (2020) zeigte für Deutschland, dass insbesondere Lehramtsstudierende dem linken Spektrum angehören.

Aufgrund der zunehmenden Ausbreitung des Populismus, sowohl in Deutschland (z. B. Klein et al., 2018; Vehrkamp & Merkel, 2020; Lengfeld & Dilger, 2018; Lewandowsky et al., 2016) als auch weltweit (Inglehart & Norris, 2016), und der damit einhergehenden Risiken für freiheitlich-demokratische Systeme sind die politischen Orientierungen von Studierenden von hohem Interesse. Neuere Untersuchungen zeigen, dass politische Überzeugungen bzw. Populismus in engem Zusammenhang mit der Nutzung sozialer Medien bzw. bestimmter Nachrichtenportale stehen (z. B. Plenković, 2020; Ahmad, 2020) und

Definition von Populismus

Vehrkamp und Merkel (2020, S. 20ff) definieren Populismus als eine bestimmte Idee von „Demokratie“, die sich durch die Unterscheidung zwischen einem „wahren Volk“ und „korrupten Eliten“, die Idee eines allgemeinen Volkswillens und gesellschaftlicher Homogenität auszeichnet. Drei Dimensionen werden dabei als konstitutiv für Populismus erachtet: Anti-Establishment, Pro-Volkssouveränität und Anti-Pluralismus.

Anti-Establishment meint dabei die Kritik des Populismus am personellen und institutionellen Establishment der Gesellschaft (z. B. an etablierten Parteien, dem Parlament, Politiker*innen). Zu dieser Dimension zählen auch kritische Einstellungen gegenüber den Medien, der Europäischen Union oder gegenüber dem Rechtsstaat. Pro-Volkssouveränität steht für eine direkte und unmittelbare Herrschaft des Volkes, womit die Forderung gemeint ist, dass wichtige Entscheidungen direkt vom Volk getroffen werden sollten. Anti-pluralistische Einstellungen äußern sich, ausgehend von einem unterstellten allgemeinen Volkswillen, in der Ablehnung der Institutionen und Verfahren pluralistischer Willensbildung und Entscheidungsfindung.

Populistische Einstellungen sind entlang des gesamten ideologischen Links-Rechts-Spektrums zu finden. In seiner moderaten Variante setzt sich Populismus kritisch mit den etablierten demokratischen Institutionen auseinander und wünscht sich mehr direkte Beteiligung der Bürger*innen sowie eine bessere Berücksichtigung ihrer Interessen bei politischen Entscheidungen (Vehrkamp & Wrátil, 2017). Radikale Populist*innen sind daran zu erkennen, dass sie die Entmachtung der herrschenden politischen Elite fordern, um den Einfluss des Volkswillens zu stärken.

Datengrundlage

„Die Studierendenbefragung in Deutschland“ ist eine neue bundesweite Befragungsstudie, die drei bisher separat durchgeführte Langzeiterhebungen in der Studierendenforschung unter einem neuen gemeinsamen Dach zusammenführt: die Sozialerhebung, den Studierendensurvey und die Befragungen von „best – Studieren mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung“. In der neuen Studie werden auch die deutschen Daten für das bildungspolitische Monitoring von Studierenden im Europäischen Hochschulraum erhoben (EUROSTUDENT).

Die erste Befragung der neuen Studierendenbefragung fand im Sommersemester 2021 statt. Studierende aus ganz Deutschland wurden zur Teilnahme an der Online-Befragung eingeladen. Insgesamt haben rund 180.000 Studierende am Survey teilgenommen. Im Rahmen eines randomisierten Splitdesigns haben knapp 18.000 Studierende Fragen zu ihren politischen Orientierungen und ihrer Bereitschaft, verschiedene Kritik- und Protestformen zu nutzen, beantwortet. Diese Daten werden im vorliegenden DZHW Brief ausgewertet.

Mehr Informationen zur Studie finden sich bei Beuße et al. (2022).*

* https://doi.org/10.34878/2022.06.dzhw_brief

Radikalisierungstendenzen, die mit einer neuen Art des politisierten Mobbings zusammenhängen, in Kanada vor allem bei jüngeren College-Studierenden ansteigen (Rousseau et al., 2020).

Vehrkamp und Wratil (2017) sowie Vehrkamp und Merkel (2018, 2020) untersuchten zwischen 2017 und 2020 populistische Einstellungen bei Wahlberechtigten in Deutschland. 2017 wurden 29 Prozent der Wahlberechtigten als populistisch identifiziert; 2018 lag der Anteil bei 33 Prozent und 2020 bei 21 Prozent, womit ein deutlicher Rückgang zu beobachten ist. Je geringer die Bildung und das Einkommen, desto höher war der Anteil populistisch eingestellter Wahlberechtigter. Nach Alter und Geschlecht zeigten sich dagegen nur geringe Unterschiede. Giebler und Regel (2017) fanden in ihrer Untersuchung zu Wahlentscheidungen für die AfD, dass Frauen, höher Gebildete und Personen aus kleinstädtischen Wohnorten seltener AfD wählen und dass eine höhere Arbeitslosenquote, ein geringer Anteil an Migrant*innen und Hochgebildeten mit höheren Stimmanteilen der AfD einhergehen.

In der Shell-Jugendstudie 2019 fanden sich unter den 12- bis 25-Jährigen 25 Prozent Populismus-Geneigte und 9 Prozent Nationalpopulist*innen. Dabei zeigte sich der Schulabschluss als deutlicher Prädiktor für Populismus, da 50 Prozent der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss zum populistischen Spektrum gehörten (Korn, 2020). Insgesamt ist das politische Interesse unter den Jugendlichen mit 41 Prozent seit 2010 (37 Prozent; 2015: 43 Prozent) eher stabil geblieben, während sich die Bedeutung von politischem Engagement von 24 Prozent (2010) auf 34 Prozent erhöht hat, verbunden mit dem Wunsch nach mehr Mitsprache und Handlungserwartungen an Politik und Ökonomie.

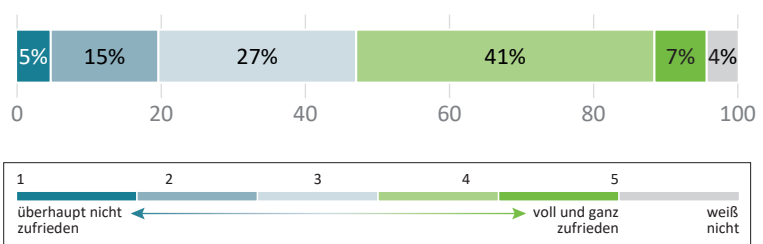
Der vorliegende DZHW Brief, der im Rahmen des Verbundprojekts „Die Studierendenbefragung in Deutschland“ veröffentlicht wird, geht der Frage nach, wie verbreitet populistische Tendenzen unter Studierenden in Deutschland sind und in welchem Zusammenhang diese Tendenzen mit Haltungen zu Politik und Demokratie sowie der Bereitschaft zu Protest und Kritik stehen.

Fast die Hälfte der Studierenden ist mit der Demokratie in Deutschland zufrieden

Zunächst wird der Frage nachgegangen, wie zufrieden Studierende mit der Art und Weise sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert (vgl. Abb. 1). Knapp die Hälfte der befragten Studierenden gibt an, mit der Demokratie zufrieden zu sein, wobei allerdings nur ein kleiner Teil sehr zufrieden ist. Unzufrieden ist immerhin ein Fünftel der Studierenden, während 27 Prozent ihre Zufriedenheit mit „teils-teils“ beschreiben.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aus dem Jahr 2021 (GESIS, 2022) legt nahe, dass Studierende offenbar kritischer sind als die Allgemeinbevölkerung. In der Allgemeinbevölkerung äußern sich 56 Prozent der Befragten sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland; und weitere 22 Prozent geben an, dass sie „etwas zufrieden“ sind. Dagegen stehen 10 Prozent, die ziemlich oder sehr unzufrieden sind, und weitere 12 Prozent, die etwas unzufrieden sind. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass sich die Antwortskalen der beiden Befragungen unterscheiden und im ALLBUS keine neutrale Mitte als Antwort vorhanden ist. Werden die etwas Zufriedenen und die etwas Unzufriedenen zusammengenommen, dann liegen 34 Prozent in einem eher mittleren Bereich, der damit nur etwas größer ist als bei den von uns untersuchten Studierenden.

Abb. 1: Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert



Datengrundlage: „Die Studierendenbefragung in Deutschland“ (2021); Angaben in Prozent auf Basis gewichteter Daten; N=17.821.

In der Zufriedenheit von Studierenden mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, gibt es kaum Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen. Als etwas häufiger mit der Demokratie zufrieden äußern sich jedoch Studierende mit mindestens einem akademischen Elternteil (im Vergleich zu Studierenden aus Elternhäusern ohne Hochschulabschluss) und ausländische Studierende¹ (im Vergleich zu deutschen Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund sowie Bildungsinländer*innen).

Differenzierte Sichtweisen zum Populismus

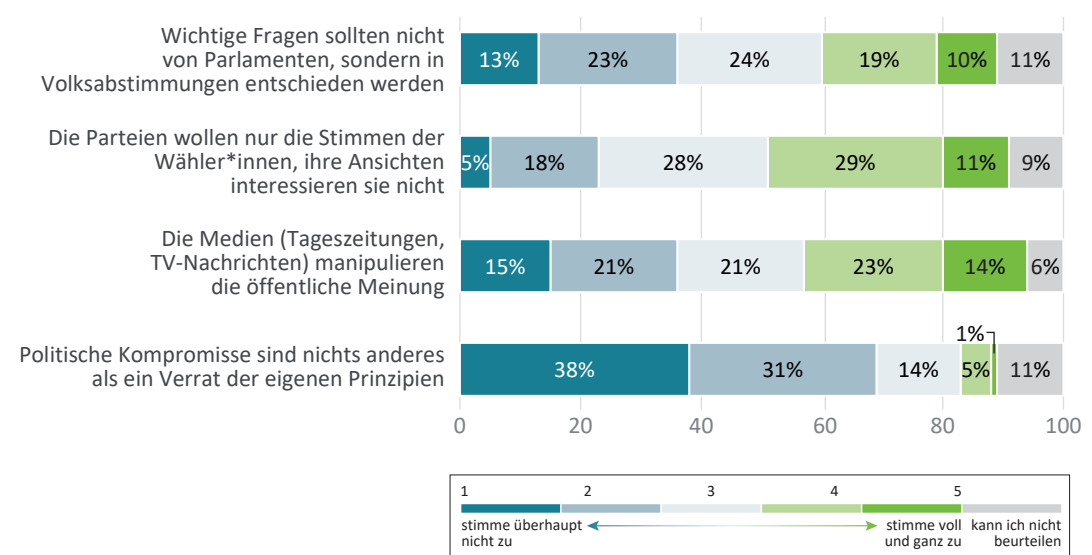
Für die Analyse von populistischen Tendenzen unter Studierenden kann auf vier Items aus der Befragung zurückgegriffen werden. Drei davon sind aus der acht Items umfassenden Skala zum Rechtspopulismus von Vehrkamp und Merkel (2020) übernommen. Diese bilden die drei genannten Dimensionen von Populismus ab (Anti-Establishment, Volkssouveränität,

Anti-Pluralismus). Dazu wurde ein Item zu Medien neu formuliert, um mit den Daten auch das Thema der Medienkritik erfassen zu können. Das erste Item bildet die Volkssouveränität ab, das zweite und dritte Item operationalisieren Anti-Establishment und das vierte Item Anti-Pluralismus. Als populistisch im engeren Sinn werden nachfolgend nur jene Studierenden bezeichnet, die bei allen vier Items Zustimmung äußern.

Die häufigsten Zustimmungen finden die zweite und dritte Aussage zum Anti-Establishment, womit die Studierenden zu großen Teilen eine kritische Position gegenüber den Parteien und der Qualität und Validität der medialen Berichterstattung einnehmen (vgl. Abb. 2). Die Aussage zu den Volksabstimmungen erhält ähnlich viel Zustimmung wie Ablehnung, wobei die Zustimmung für sich genommen noch keine antidemokratische Haltung bedeuten muss, sondern einen kritischen Appell für mehr Mitbestimmung widerspiegelt. Mit 6 Prozent weist die Aussage, dass Kompromisse ein Verrat von Prinzipien seien – eine deutlichere Form der Ablehnung politischer Handlungskultur und demokratischer Prinzipien – die geringste Zustimmung auf. Diese Auffassung ist unter den Studierenden also kaum verbreitet; es stößt bei Studierenden somit größtenteils auf Akzeptanz,

¹ Es wurden vier Gruppen unterschieden: ausländische Studierende, Bildungsinländer*innen sowie deutsche Studierende mit und ohne Migrationshintergrund. Ausländische Studierende sind hier Studierende ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die nicht in Deutschland geboren wurden und auch die Hochschulreife nicht in Deutschland erworben haben. Die Mittelwerttestung ergibt einen auf dem 0,1-Prozent-Niveau signifikanten Effekt.

Abb. 2: Zustimmung zu bzw. Ablehnung von populistischen Aussagen



dass es politische Kompromisse geben muss. Unter Studierenden sind kritische Haltungen zur Glaubwürdigkeit von Politik und Medien also durchaus verbreitet; auffallend antidemokratische Haltungen sind jedoch eher selten zu beobachten.

Nur 2 Prozent sind klar populistisch, 13 Prozent tendenziell populistisch

Für die Typologie populistischer Tendenzen werden im nächsten Schritt sechs Gruppen von Studierenden unterschieden. In die Analyse fließen dabei all jene Studierenden ein, die in der Befragung alle vier oben genannten Items beantwortet haben. Die Kombination dieser vier Items lässt erkennen, inwieweit Differenzierungen oder Gleichförmigkeit in den politischen Positionen existieren.

Angelehnt an Vehrkamp und Merkel (2020) wird eine populistische Orientierung als Zustimmung zu allen vier Items definiert. Als *tendenziell populistisch* werden jene Studierenden bezeichnet, die mindestens einem Item zustimmen und gleichzeitig keines der anderen Items ablehnen. Spiegelbildlich dazu sind *nicht-populistische* Studierende all diejenigen, die alle vier Items ablehnen. Ihnen nahe steht die distanzierte Gruppe von Studierenden, die mindestens ein Item ablehnt und gleichzeitig keinem zustimmt. Diese Gruppen weisen in ihren Haltungen durchaus graduelle Unterschiede auf. Weiterhin wird eine *differente* Gruppe definiert, die jene Befragten umfasst, die Items sowohl zustimmen als auch ablehnen. Studierende mit neutralen Auffassungen sind Studierende, die sich bei keinem der vier Items für eine Richtung entscheiden, sie also entweder nicht beurteilt haben oder beurteilen wollten.

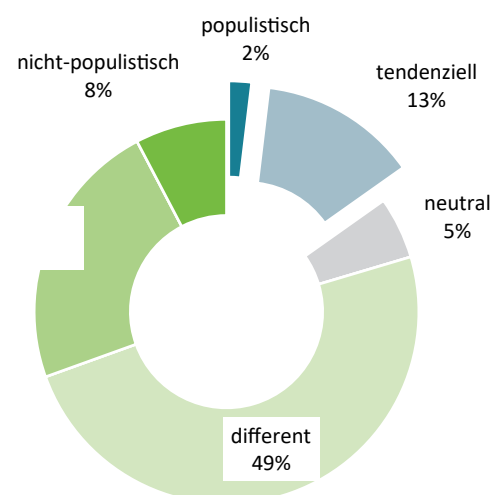
Allen vier Aussagen stimmen nur 2 Prozent der Studierenden zu – nur eine sehr kleine Minderheit der Studierenden ist somit als „eindeutig populistisch“ zu bezeichnen. Der direkte Vergleichswert in der Wahlberechtigtenstichprobe des Populismusbarometers liegt mit 21 Prozent weit höher. 13 Prozent der Studierenden stimmen einigen der genannten Aussagen zu und nehmen bei anderen Items eine eher neutrale

Position ein, lehnen also keine der Aussagen ab. Sie werden, wie oben erläutert, als „tendenziell populistisch“ bezeichnet. Insgesamt gilt dies für 13 Prozent der untersuchten Studierenden. Werden beide Typen zusammengefasst, so weisen insgesamt 15 Prozent der befragten Studierenden klare oder tendenziell populistische Orientierungen auf. Auch dieser Anteil ist im Vergleich zu Wahlberechtigten im Populismusbarometer eher niedrig. In den nachfolgenden Zusammenhangsanalysen werden diese beide Gruppen von Studierenden, also Studierende mit klar oder tendenziell populistischen Orientierungen, mit Studierenden ohne populistische Tendenzen verglichen.

Nur wenige Studierende vergeben ausschließlich neutrale Antworten: Weder lehnen sie eine Aussage ab, noch stimmen sie einer Aussage zu, sondern wählen die mittlere Kategorie; oder sie geben an, dass sie die Aussagen nicht beantworten können. Dagegen bezieht fast die Hälfte der Studierenden differenzierende zu den vier Items Stellung, d. h. sie stimmen (mindestens) einer Aussage zu, aber sie lehnen (mindestens) eine andere Aussage auch ab. Eine vollständige Ablehnung erfahren alle vier Aussagen nur bei 8 Prozent der Studierenden. Sie weisen sich damit als eindeutig nicht-populistisch aus. 23 Prozent der Studierenden lehnen mindestens eine Aussage ab und bleiben bei mindestens einer anderen neutral bzw. fällen kein Urteil dazu (vgl. Abb. 3). Somit lehnen sie zwar nicht alle direkt ab, aber sie stimmen dafür auch keiner der Aussagen zu. Diese Studierenden bleiben den populistischen Haltungen gegenüber distanziert.

Bei der Unterscheidung nach soziodemografischen Merkmalen finden sich höhere Anteile

Abb. 3: Typenbildung aufgrund der Antworten bei Items zum Populismus



an populistischen Tendenzen bei ausländischen Studierenden (30 Prozent klar oder tendenziell populistisch gegenüber 12 Prozent bei deutschen Studierenden ohne Migrationshintergrund) und Studierenden aus nicht-akademischen Familien (18 Prozent gegenüber 13 Prozent bei Studierenden aus akademisch gebildeten Elternhäusern).

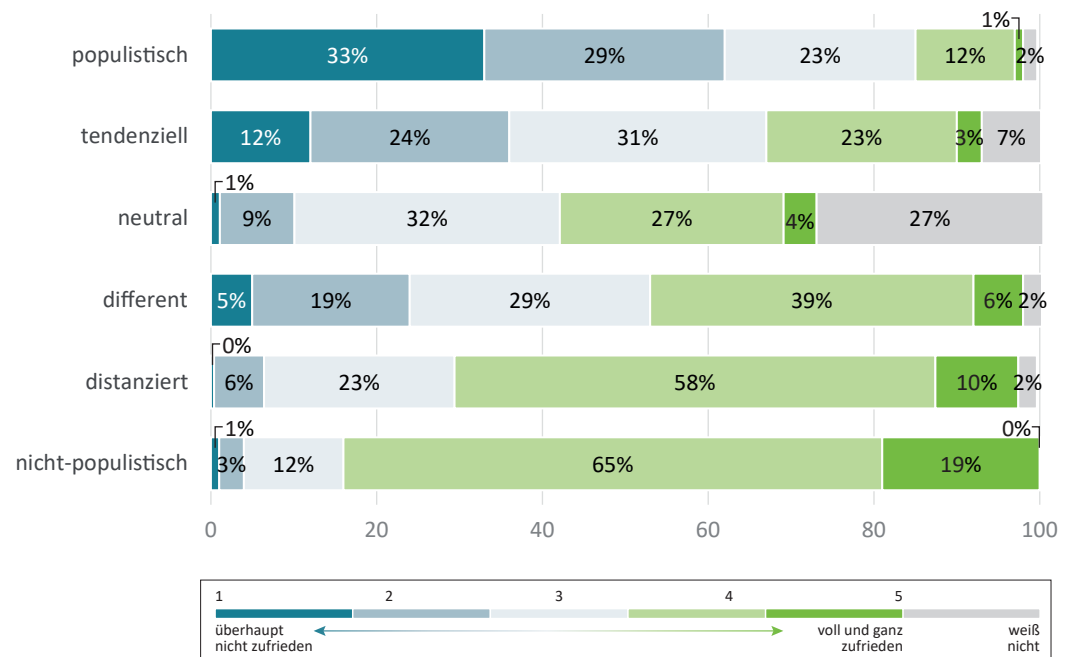
Studierende mit populistischen Tendenzen sind mit Demokratie unzufriedener

Das Ausmaß an populistischen Tendenzen zeigt – wenig überraschend – einen deutlichen Zusammenhang mit der Zufriedenheit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Eine Regression zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren von Demokratie mit den vier Populismus-Items – unter Kontrolle von Geschlecht, Alter, Migrationsstatus und der Bildung der Eltern – ergibt eine Modellgüte von $R^2=0,27$. Das heißt: 27 Prozent der Varianz in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie werden durch dieses Modell aufgeklärt. Den

größten Zusammenhang mit fehlender Zufriedenheit mit der Demokratie besitzt die Einzelaussage „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler*innen, ihre Ansichten interessieren sie nicht“, den geringsten die Aussage „Politische Kompromisse sind nichts anderes als ein Verrat der eigenen Prinzipien“ (ohne Abbildung).

Bei Differenzierung nach den Populismus-Typen sinkt die Unzufriedenheit mit der Demokratie von 62 Prozent bei populistischen Studierenden auf 4 Prozent bei den nicht-populistischen Studierenden, während gleichzeitig die Zufriedenheit von 13 auf 84 Prozent ansteigt. Die mit annähernd 50 Prozent größte Gruppe der differierten Studierenden (vgl. Abb. 3) verteilt sich auf die Grade der Zufriedenheit in etwa wie der Durchschnitt aller Befragten (vgl. Abb. 1). Die Populismus-Typen zeigen also die erwarteten Abstufungen, womit die Relevanz der Typenbildung gut bestätigt wird. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Typen sind mit einer Ausnahme (different vs. neutral) alle hochsignifikant (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in Deutschland, nach populistischen Tendenzen



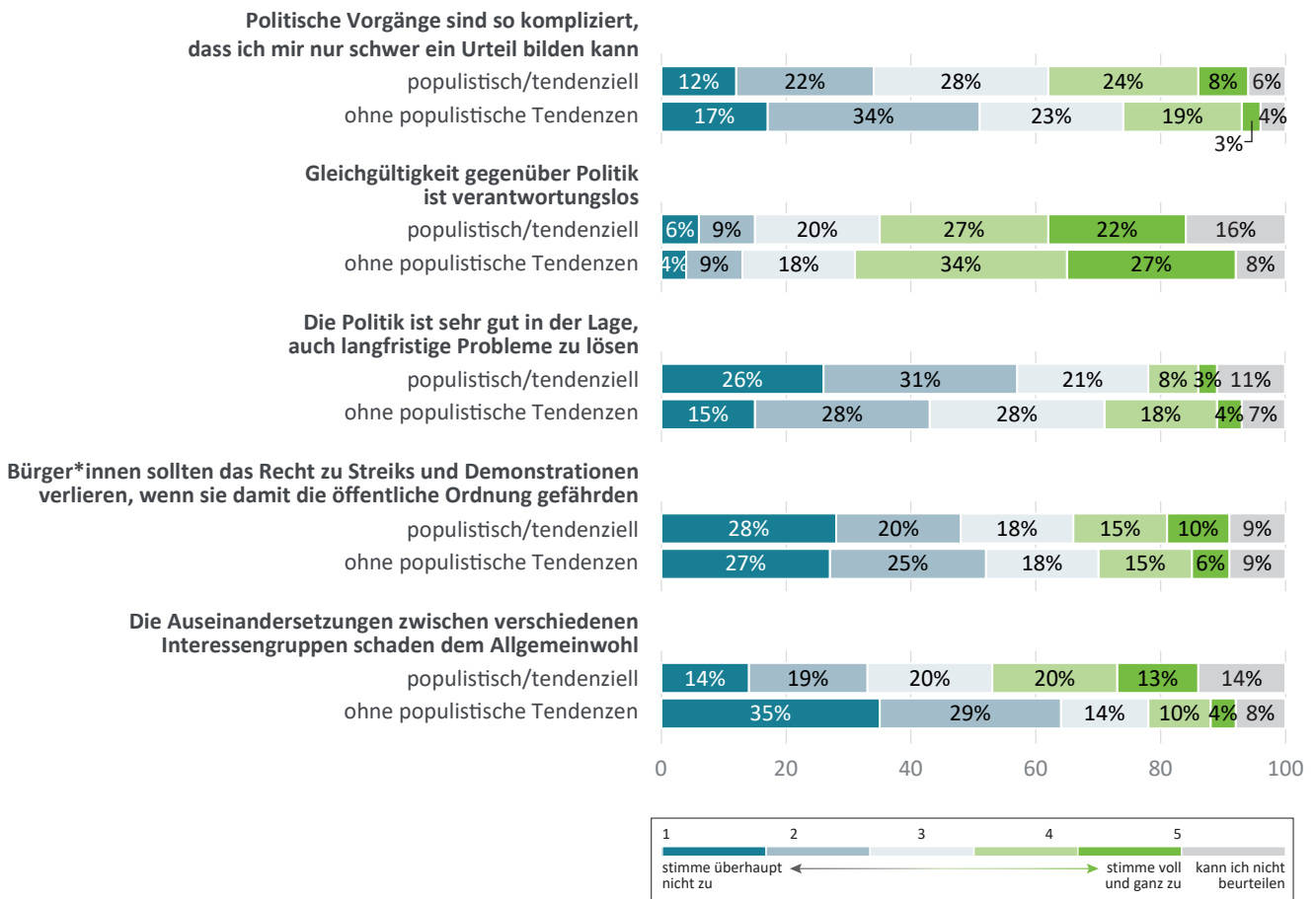
Haltung zu Politik und Demokratie bei populistischen und nicht-populistischen Studierenden

Für die nachfolgenden Analysen werden die Studierenden hinsichtlich ihrer populistischen Tendenzen in zwei Gruppen unterteilt. Studierende mit populistischen Tendenzen umfassen die Gruppen populistisch und tendenziell populistisch, während die vier anderen Gruppen zu „Studierende ohne populistische Tendenzen“ zusammengefasst werden. Für die Analysen wurden Mittelwertvergleiche durchgeführt, die fast alle auf dem 0,1-Prozent-Niveau signifikant unterschiedliche Ergebnisse anzeigen. Nicht signifikante Ergebnisse werden ausgewiesen. Von den Studierenden ohne populistische Tendenzen geben 56 Prozent an, dass sie Interesse an Politik haben. Studierende mit

populistischen Tendenzen sind im Vergleich dazu deutlich weniger (39 Prozent) an Politik interessiert.

In ihren Haltungen zur Politik treten ebenfalls deutliche Unterschiede auf. Studierende mit populistischen Tendenzen halten Politik häufiger als Studierende ohne populistische Tendenzen für zu kompliziert und sind seltener der Ansicht, dass Gleichgültigkeit gegenüber Politik verantwortungslos sei oder dass Politik langfristige Lösungen erbringen kann. Ein Verwirken des Streik- und Demonstrationsrechts unterstützen Studierende mit populistischen Tendenzen nur geringfügig häufiger als Studierende ohne populistische Tendenzen. Deutlich häufiger sind sie dagegen der Ansicht, dass Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen dem Allgemeinwohl schaden (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Zustimmung zu Aussagen über Politik und Demokratie bei Studierenden mit und ohne populistische Tendenzen



Datengrundlage: „Die Studierendenbefragung in Deutschland“ (2021); N=16.001, 15.952, 15.982, 15.954, 15.950*; Anteile in Prozent auf Basis gewichteter Daten. Alle Mittelwertunterschiede zwischen den zwei Gruppen sind auf dem 0,1-Prozent-Niveau signifikant.

* Die unterschiedlichen Fallzahlen pro Item gehen auf unterschiedliche Vorkommen von Non-Response zurück.

Studierende mit populistischen Tendenzen lehnen Politik nicht generell ab, sondern zweifeln häufiger an ihrer Effektivität als Studierende ohne populistische Tendenzen. Hinsichtlich demokratischer Prinzipien verteidigt ein beachtlicher Anteil das Streikrecht und sogar den Pluralismus. Insofern lässt sich herausstellen, dass auch unter Studierenden mit populistischen Tendenzen viele gegenüber Politik aufgeschlossen bleiben und die Demokratie unterstützen.

Diskursive Kritik- und Protestformen haben Vorrang

Von den möglichen Arten von Kritik und Protest, um auf hochschulpolitische Probleme aufmerksam zu machen, haben diskursive Formen bei allen Studierenden Vorrang, auch bei Studierenden mit populistischen Tendenzen. Etwas weniger Bereitschaft zeigen die Studierenden mit populistischen Tendenzen im Durchschnitt bei der Einflussnahme über Gremien und Demonstrationen. Keine signifikanten Unterschiede finden sich für Gespräche mit Verantwortlichen und Petitionen.

Etwas häufiger als ihre Kommiliton*innen würden die Studierenden, die zum Populismus neigen, Beiträge in sozialen Medien nutzen oder nicht-diskursive Protestformen wie Streiks und Institutsbesetzungen einsetzen. Damit verweisen populistische Tendenzen zwar auch auf ein erhöhtes Potenzial für nicht-diskursive Protestformen, dennoch ist die Bereitschaft zur Nutzung diskursiver Formen auch bei diesen Studierenden erkennbar höher (vgl. Abb. 6).

Mit Blick auf soziodemografische Merkmale fallen einige Besonderheiten auf: Ausländische Studierende würden insgesamt deutlich seltener als deutsche Studierende Gremien nutzen wollen, dafür würden sie häufiger auf Beiträge in sozialen Medien und ein Gespräch mit Verantwortlichen setzen. Studentinnen würden häufiger als Studenten Petitionen und mediale Beiträge nutzen wollen, dafür seltener Streiks und Demonstrationen. Studierende mit mindestens einem akademischen Elternteil

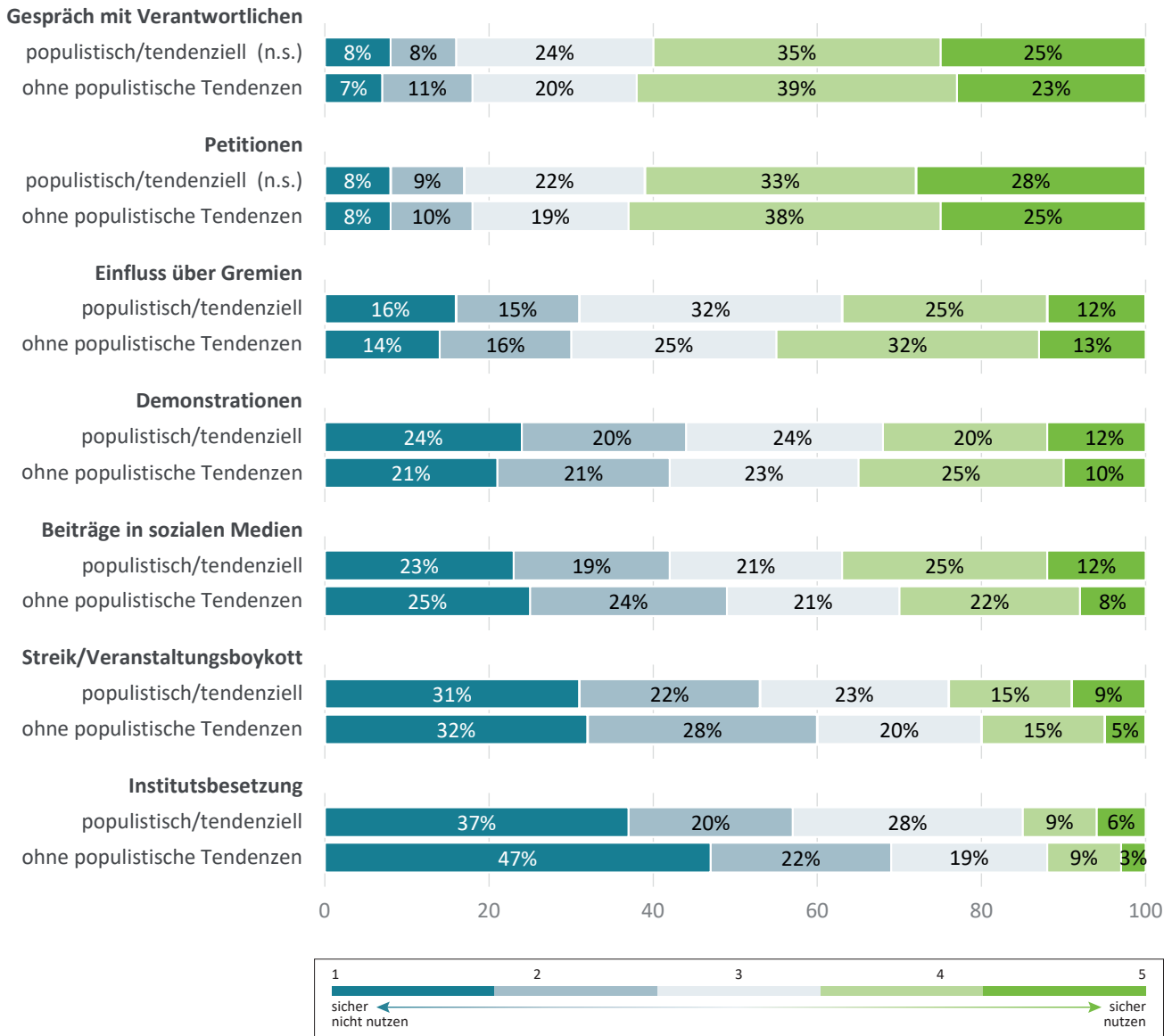
würden häufiger als Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien auf Demonstrationen und Petitionen setzen.

Fazit und Schlussfolgerungen: kritische Haltung, eher wenig Populismus

Studierende können im Hinblick auf Politik, das Funktionieren der Demokratie und der freien Medien in Deutschland weiterhin als „kritische Geister“ gesehen werden. Bei immerhin 15 Prozent von ihnen ist ihre demokratiekritische Haltung (klar oder tendenziell) populistisch, aber nur 2 Prozent können als klar populistisch bezeichnet werden. Tendaussagen sind dabei nicht möglich, da dieser Wert erstmals mit der neuen Datenbasis ermittelt wird. Der Anteil von Studierenden mit populistischen Tendenzen bleibt jedoch deutlich hinter dem entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung zurück. Eine höhere Bildung erscheint demnach als gute Voraussetzung, um populistischen Positionen gegenüber kritisch zu bleiben. Diese Einschätzung steht im Einklang mit Befunden, wonach ein nicht vorhandener Hochschulabschluss der beste Prädiktor für die Wahl von Donald Trump in den USA und die Zustimmung zum Brexit in Großbritannien war (Croucher, 2017).

Populistische Tendenzen unter Studierenden gehen bislang kaum mit einer starken Radikalisierung an den Hochschulen einher. Dennoch zeigen sich beachtenswerte Zusammenhänge: So sind Studierende mit populistischen Tendenzen weniger an Politik interessiert, erwarten viel seltener von der Politik auch langfristige Lösungen, halten sie häufiger für zu kompliziert und sehen in der Gleichgültigkeit gegenüber Politik seltener ein Problem. Mit dem Funktionieren der Demokratie sind sie deutlich unzufriedener und finden politische Auseinandersetzungen häufiger schädlich. Hinsichtlich der Kritikformen befürworten Studierende mit populistischen Tendenzen häufiger als nicht-populistische Studierende nicht-diskursive Protestformen, wie Streiks und Institutsbesetzungen, wobei jedoch auch bei ihnen

Abb. 6: Nutzung von Kritikformen bei Studierenden mit und ohne populistische Tendenzen



Datengrundlage: „Die Studierendenbefragung in Deutschland“ (2021); N=14.833, 14.718, 14.596, 14.627, 14.751, 14.714, 14.327*; Anteile in Prozent auf Basis gewichteter Daten; n.s. = nicht signifikant. Alle anderen Mittelwertvergleiche zwischen den Gruppen sind auf dem 0,1-Prozent-Niveau signifikant, außer Demonstrationen (5-Prozent-Niveau).

* Die unterschiedlichen Fallzahlen pro Item gehen auf unterschiedliche Vorkommen von Non-Response zurück.

diskursive Formen der Kritik, wie der Einfluss durch Gremien oder das Gespräch mit Verantwortlichen, bevorzugt werden.

Auch wenn Studierende mit populistischen Tendenzen an Hochschulen mit 15 Prozent einen eher kleinen Teil der Studierenden ausmachen, so lassen sich doch einige Vorschläge diskutieren. Etwa könnten Hochschulen die partizipativen Möglichkeiten bewusst erweitern und sie transparenter gestalten, damit Studierende ihre Hochschulen als Umgebungen erleben, an denen sie auch effektiv mitbestimmen können

bzw. Kompromisse finden müssen (ohne die in einer Demokratie Interessensausgleiche nicht möglich sind). In Teilen wären auch budgetrelevante Entscheidungen in studentischen Gremien diskussionsfördernd, etwa beim Einsatz von finanziellen Mitteln zur Förderung innovativer Lehre. So könnten Studierende in stärkerem Ausmaß demokratische Teilhabe praktisch umsetzen. Dies könnte auch das allgemeine Interesse an und das Verständnis für Politik fördern. Zudem könnten sich Medien, Parteien und Parlamente öffnen und gezielt mit Hochschulen

zusammenarbeiten, etwa durch das Anbieten studentischer Praktika. Zusätzlich könnten diskursive Angebote bei hochschulpolitischen Problemen bewusst gefördert werden, etwa durch das Bereitstellen niedrigschwelliger Informationsangebote, Blogs und Chats sowie Online-Abstimmungen.

Festzuhalten ist weiterhin, dass die Unterscheidung nach soziodemografischen Merkmalen nur wenig klare Zusammenhänge ergab. Allerdings weisen die Befunde darauf hin, dass die kleine Gruppe ausländischer Studierender (6 Prozent) deutlich mehr populistische Tendenzen aufweist und generell weniger an den Einfluss von Gremien glaubt. Um dem entgegenzuwirken, könnten die Hochschulen speziell diese Studierenden besser in die Entscheidungsprozesse einbinden – etwa durch entsprechende Repräsentationen in den Entscheidungsgremien, was allerdings bedeutet, dass diese Sitzungen zukünftig (auch) in englischer Sprache abgehalten werden müssten.

Die hier dargestellten Befunde zu populistischen Tendenzen bei Studierenden lassen noch keine Aussagen darüber zu, ob es sich um links- oder rechtspopulistische Tendenzen handelt. Dies soll in künftigen Analysen unter Einbeziehung der politischen Orientierungen der Studierenden näher untersucht werden. Da Studierende in der neuen, integrierten Studierendenbefragung auch zu ihren Positionen zu unterschiedlichen politischen Zielen befragt werden, können sie über die Zustimmung bzw. Ablehnung solcher Ziele einem politischen Spektrum zugeordnet werden. Eine Differenzierung nach populistischen Tendenzen könnte dann Aufklärung darüber geben, welche politischen Spektren bei populistischen Studierenden vorherrschen.

Literatur

- Ahmad, S. (2020). Political behavior in virtual environment: Role of social media intensity, internet connectivity, and political affiliation in online political persuasion among university students. *Journal of Human Behavior in the Social Environment*, 30(4), 457-473.
- Armingeon, K. (2001). *Fachkulturen, soziale Lage und politische Einstellungen der Studierenden der Universität Bern*. Bern: Universität Bern.
- Bargel, T., Framhein, G., & Lensing, G. (1988). Orientierungen gegenüber Politik und Gesellschaft. In H. Peisert, T. Bargel, & G. Framhein, *Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen* (S. 241-283). Bonn: BMBW.
- Beuße, M., Kroher, M., Becker, K., Ehrhardt, M.-C., Isleib, S., Koopmann, J., Steinkühler, J., Völk, D., Buchholz, S., Meyer, J., Multrus, F., Marczuk, A., Hinz, T., & Strauß, S. (2022). *Die Studierendenbefragung in Deutschland: Eine neue, integrierte Datenbasis für Forschung, Bildungs- und Hochschulpolitik*. (DZHW Brief 06/2022). Hannover: DZHW.
- Campbell, C., & Horowitz, J. (2016). Does college influence sociopolitical attitudes? *Sociology of Education*, 89(1), 40-58.
- Croucher, G. (2017). Are universities part of the populism problem? *Pursuit*. <https://pursuit.unimelb.edu.au/articles/are-universities-part-of-the-populism-problem>. Abruf: 12.07.2022.
- Easterbrook, M. J., Kuppens, T., & Manstead, A. S. R. (2016). The education effect: Higher educational qualifications are robustly associated with beneficial personal and socio-political outcomes. *Social Indicators Research*, 126(3), 1261-1298.
- GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. (2022). *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2021*. Köln: GESIS. ZA5280 Datenfile Version 1.0.0.
- Giebler, H., & Regel, S. (2017). *Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen*. (WISO Diskurs 16/2017). Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Habermas, J., von Friedeburg, L., Oehler, C., & Wetz, F. (1961). *Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten*. Neuwied: Luchterhand.
- Inglehart, R. F., & Norris, P. (2016). *Trump, Brexit, and the rise of populism: Economic have-nots and cultural backlash*. (HKS Working Paper No. RWP16-026). Cambridge: Harvard University.
- Klein, M., Heckert, F., & Peper, Y. (2018). Rechtspopulismus oder rechter Verdruss? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(3), 391-417.
- Korn, E. (2020, 04. März). *Jugend zwischen Weltoffenheit und Populismus: Shell-Studie Jugend 2019*. <https://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/jugend-zwischen-weltoffenheit-und-populismus>. Abruf: 26.07.2022.

- Lengfeld, H., & Dilger, C. (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung: Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie*, 47(3), 181-199.
- Lewandowsky, M., Giebler, H., & Wagner, A. (2016). Rechtspopulismus in Deutschland: Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. *Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), 247-275.
- Lindov, D. (2020). Teachers and politics. *European Journal of Political Economy*, 64, Artikel 101902.
- Milbrath, L. W. (1965). *Political participation: How and why do people get involved in politics?* Chicago: Rand McNally.
- Muller, E. N. (1979). *Aggressive political participation*. Princeton: Princeton University Press.
- Multrus, F., Majer, S., Bargel, T., & Schmidt, M. (2017). *Studiensituation und studentische Orientierungen: 13. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen*. Berlin: BMBF.
- Plenković, M. (2020). Use of daily news portals, some individual features, and acceptance of populism among students of the University of Zagreb. *Društvena istraživanja*, 29(4), 511-533.
- Rousseau, C., Miconi, D., Frounfelker, R. L., Hassan, G., & Oulhote, Y. (2020). A repeated cross-sectional study of sympathy for violent radicalization in Canadian college students. *American Journal of Orthopsychiatry*, 90(4), 406-418.
- Simeaner, H., Röhl, T., & Bargel, T. (2004). *Datenalmanach Studierendensurvey 1983-2004: Studiensituation und Studierende an Universitäten und Fachhochschulen*. (Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 43). Konstanz: AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
- Vehrkamp, R., & Merkel, W. (2018). *Populismusbarometer 2018: Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, R., & Merkel, W. (2020). *Populismusbarometer 2020: Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, R., & Wratil, C. (2017). *Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Wildenmann, R., & Kaase, M. (1968). „Die unruhige Generation“: Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik. Mannheim.

Die diesem DZHW Brief zugrunde liegende Studie wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert (Förderkennzeichen M530900).



GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Impressum

Deutsches Zentrum für Hochschul- und
Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW)

Lange Laube 12 | 30159 Hannover | www.dzhw.eu

Tel.: +49 511 450670-0 | Fax: +49 511 450670-960 | info@dzhw.eu

Geschäftsführung: Prof. Dr. Monika Jungbauer-Gans, Dr. habil. Thorsten Kowalke

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Ministerialdirigent Peter Greisler

Registergericht: Amtsgericht Hannover | B 210251

Inhaltlich verantwortlich: Dr. Frank Multrus

Dieses Werk steht unter der Creative Commons Namensnennung –
Nicht kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0
Deutschland Lizenz (CC-BY-NC-SA)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

